

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushalt 2010:

Der Ergebnishaushalt der Stadt Dinklage weist bei Erträgen von 13,6 Mill. € und Aufwendungen von 13,84 Mill. € ein Defizit von 240 TSD € auf.

Beim hier vorliegenden Zahlenwerk handelt es sich dabei um Haushaltsansätze, die im Besonderen auf der Ertragsseite (Gewerbsteuer, Finanzzuweisungen seitens des Landes) nicht gesichert sind. So haben sich während der Haushaltsberatungen die geplanten Gewerbesteuereinnahmen mit der Abnahme der zu erwartenden Schlüsselzuweisung entsprechend erhöht von zuerst 4,5 Mill. € auf jetzt 4,85 Mill. €, ohne dass sich die wirtschaftliche Situation in irgendeiner Weise geändert hat. Hier zeigen sich gravierende Risiken des Haushalts, so dass das Defizit am Ende des Jahres deutlich höher ausfallen könnte. Oder man hatte zu Beginn der Haushaltsberatungen seitens der Mehrheitsfraktion die primäre Absicht, einen unausgeglichene Haushalt vorzulegen. Der Wahrheit und Klarheit eines Haushaltes entspricht dieses aber nicht.

Hinsichtlich der kommunalen Einnahmenentwicklung verweisen wir auf das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz, welches allein den niedersächsischen Kommunen 160 Mill. Einnahmenverlust und dem Land nochmals 145 Mill. bringen wird. Wo sich das Land das Geld herholen wird, ist erfahrungsgemäß bekannt. Den Letzten beißen die Hunde und das sind die Kommunen. Der Begriff „Kommunenbelastungsgesetz“ wäre angebrachter gewesen.

Eine Entscheidung des Bürgermeisters und der CDU aus der letzten Woche führt auch dazu, dass der Haushaltsansatz bei den Personalkosten schon vor Beschluss überholt ist. Um der Wahrheit und Klarheit eines Haushaltes zu entsprechen, muss das Defizit nunmehr auf 287 TSD € festgesetzt werden.

Mit dem Jahresabschluss 2008 hatte die Stadt Dinklage 14,8 Mill. € Schulden. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.155 €. Vergleichbare Kommunen haben 522 €. Der Liquiditätskredit (Kassenkredit) in Höhe von 2 Mill. € findet dabei nicht mal Berücksichtigung. Aktuell beträgt der Schuldenstand ca. 15,8 Mill. €. Die Kassenkredite werden sich aufgrund der zu erwartenden Defizite in den nächsten Jahren erhöhen, dieses wiederum bedarf der Zustimmung der Kommunalaufsicht.

Das Maß ist voll. Wir müssen die Reißleine ziehen und handeln.

Zinsen u.ä. Aufwendungen in Höhe von 766 TSD € sowie eine Tilgung von 482 TSD € bedeuten Aufwendungen von über 1,2 Mill. €. Im doppischen Haushalt entspricht die Differenz aus Abschreibung und Sonderposten in etwa der Tilgung (543 TSD € abzüglich 70 TSD € Förderzuschüsse des Landes, die noch fließen).

Hier liegt das strukturelle Problem der Stadt Dinklage.

Die Kommunalaufsicht des Landes will bei Kommunen und Landkreisen, die ihren Haushalt nicht ausgleichen können, die sog. Freiwilligen Leistungen auf 3% des Ergebnishaushaltes begrenzen. Bei der Stadt Dinklage wären das ca. 400 TSD €. Im Falle der Gewährung von Bedarfszuweisungen ist die Kürzung von freiwilligen Leistungen sogar ausdrückliche Voraussetzung.

Freiwillige Leistungen und Aufgaben sind das Kernstück kommunaler Selbstverwaltung und zählen zum Wesensgehalt einer Kommune. Kürzungen nur in diesem Bereich bis hin zur reinen Wahrnehmung vorgegebener Pflichtaufgaben durch die Kommune stehen nicht im Einklang mit der Selbstverwaltungsgarantie. Daher dürfen die Kürzung freiwilliger Leistungen nur im Kontext eines Konsolidierungskonzeptes und nicht primär bzw. ausschließlich gesehen werden.

Die Frage lautet nicht mehr „Welche Aufgaben lassen wir wegfallen?“, sondern „Welche Aufgaben wollen, können und müssen wir uns in Zukunft leisten?“

Für die Stadt Dinklage hat die Vermarktung der vorhandenen Wohn- und Gewerbeflächen höchste Priorität.

- 1. Die SPD-Fraktion beantragt, dass zwecks Vermarktung der Wohnbaugrundstücke externe Hilfen (Berater, Vermittler) in Anspruch genommen werden. Die Erfahrungen bei der Vermarktung des Baugebietes zeigen, dass ein Bedarf durchaus vorhanden ist. Hier ist die Vermarktung mehr oder weniger abgeschlossen. Mittel in Höhe von 5000 € sollen zur Verfügung gestellt werden.**

Für die Veräußerung von Gewerbegrundstücke sind 600.000 € eingeplant, die durch aktive Wirtschaftsförderung erzielt bzw. gesteigert werden müssen. Im Frühjahr 2007 haben alle Fraktionen Konzepte zur Wirtschaftsförderung vorgelegt, auf deren Grundlage sechs Basisentscheidungen getroffen wurden (Beschluss FWT-16-0004 vom 30.04.2007): 1. Kommunales Wirtschaftsförderkonzept; 2. Zentrale Anlaufstelle für Investoren; 3. Zusammenstellung von Informationsmaterial; 4. Öffentlichkeitsarbeit / Bewerbung der Gebiete, 5. Internetpräsenz; 6. Schaffung von Netzwerkverbindungen.

Bis heute sind diese Maßnahmen trotz dreimaliger Anträge und Anfragen der SPD-Fraktion nicht vorgestellt und aus unserer Sicht nicht umgesetzt worden. Hier widerspreche ich dem Bürgermeister, der laut Protokoll des Wirtschafts- und Finanzausschusses behauptet hat, die Maßnahmen wären abgearbeitet.

Es reicht aber nicht aus, Gewerbegründstücke nur zu erschließen und wie Bräute herzurichten, die dann zu Mauerblümchen werden, weil sich kein Bräutigam findet, d.h., weil sie von den Unternehmen verschmäht werden.

Dinklage als Wirtschaftsstandort braucht ein umfassendes Konzept, denn erst die Kombination verschiedener Vorteile bringt ein Unternehmen dazu, sich für bzw. gegen einen Standort zu entscheiden. Der Serviceaspekt spielt dabei eine entscheidende Rolle.

- 2. Die SPD-Fraktion beantragt, dass die beschlossenen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden und die Ratsgremien zeitnah über die durchgeführten Maßnahmen und deren (Aus-)Wirkungen informiert werden.**

Von Bedeutung sind Aspekte wie

- die richtige Ansprache und Akquisition
- die erste schnelle Prüfung nach ERStkontakt hinsichtlich Fläche, Planungsrecht o.ä.
- die grundlegende Betreuung und schnelle Abwicklung und
- die Bestandspflege.

In diesem Zusammenhang wird verwiesen auf Antrag 1a der SPD-Fraktion.

- 1a. Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Bürgermeister (als Akquisiteur in eigener Sache) bzw. Mitarbeiter der Verwaltung mit namhaften Firmen der Region Kontakt bezüglich einer eventuellen Gewerbeansiedlung in Dinklage aufnehmen (bis zum 30.06.2010), worüber vierteljährig im Rat zu berichten ist. Die Ansiedlung nur einer größeren namhaften Firma würde einen sog. Schnellballeffekt auslösen und automatisch weitere Ansiedlungen nach sich ziehen.**

Konsolidierungsstrategien:

I. Eine mögliche Konsolidierungsstrategie besteht darin, kurzfristig zu realisierende Maßnahmen zu ergreifen: In Dinklage wurde das zum Teil auf der Ausgabenseite versucht in den Bereichen

- Pauschalkürzungen (wurde seitens der Verwaltung und der CDU nach wenigen Wochen wieder revidiert – bis auf Schulen und Kolpingorchester)
- Kürzungen im Personalbereich
- Kürzung von Sachmitteln und Unterhaltungsmaßnahmen
- Kürzung oder Streckung von Investitionen

In diesem Zusammenhang ist und war auch der Antrag Nr. 3 der SPD-Fraktion zu sehen, Planungskosten auf ein Minimum zu begrenzen. Aktuell werden bzw. wurden nach Auskunft des Städteplaners 8 von 14 Bauleitplanungen seitens der Verwaltung durchgeführt. Dieses gilt es fortzusetzen und zu optimieren. **Antrag 3 bringen wir daher nicht zur Abstimmung.**

Auf der Einnahmenseite sind in Dinklage zwei Richtungen verfolgt worden:

- Vermögensveräußerung (Kläranlage, Grünflächen)
- Erhöhung der Steuersätze im letzten Jahr: Interessanterweise haben bis auf die vier Kommunen Dinklage, Damme, Holdorf und Visbek die anderen Kommunen trotz Wirtschaftskrise in 2009 gleich hohe bzw. höhere Gewerbesteuererinnahmen verbucht als ursprünglich im Haushalt veranschlagt, wobei Damme und Dinklage die Steuersätze erhöht haben. Die SPD-Fraktion hat darauf hingewiesen, dass Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches Signal an die Gewerbetreibenden sei.

II. Darüber hinaus gibt es Maßnahmen, deren Auswirkungen nicht kurzfristig, sondern mittelfristig eintreten. Solche Einsparpotentiale **im eigenen Wirkungskreis der Stadt** gibt es auch Sicht der SPD-Fraktion im Bereich der Bewirtschaftung und Unterhaltung:

Da zurzeit bei der Stadt Dinklage aufgrund ihrer Organisationsstruktur mehrere Mitarbeiter für diesen Bereich zuständig sind, fehlt es aus Sicht der SPD-Fraktion an Übersicht und Kontrolle. Da die Arbeiten schon jetzt bei mehreren Mitarbeitern anfallen, ist hierfür kein neues Personal notwendig. Synergieeffekte können sogar zu einer personellen Entlastung führen. Im Besonderen sollte die Schulbereisung gemäß Ratsbeschluss hinsichtlich der Pauschalbeträge für bauliche Unterhaltung und der Budgetierung vorbereitet werden.

- 4. Die SPD beantragt, die Bearbeitung und Überwachung aller Unterhalts- und Bewirtschaftungsmaßnahmen von zentraler Stelle in Form eines Liegenschaftsmanagement vorzunehmen. Die Organisationsstruktur ist so zu verändern.**
- 5. Die Stellen ausscheidender Reinigungskräfte werden langfristig nicht neu besetzt. Projektartig wird der Einsatz einer Fremdfirma in einem Bereich/Gebäude hinsichtlich Qualität und Kosten erprobt.**
- 6. Alle Gewerke im Rahmen von Unterhaltungsmaßnahmen werden mit dem Ziel der Kostenminimierung als Zeitvertragsarbeiten ausgeschrieben. Zurzeit erfolgt das nur bei der Straßenunterhaltung.**

Angesichts der schon bestehenden dramatischen finanziellen Situation der Stadt Dinklage, der zu befürchtenden massiven Ausfälle kommunaler Einnahmen und des Anstiegs der Ausgaben sind nachhaltige Reformen gefordert.

Nachhaltige Konsolidierung bedeutet: Aufgaben, Dienstleistungen und Produkte nach Wichtigkeit und im Einklang mit den verfügbaren Haushaltsmitteln neu zu ordnen.

Die Frage lautet nicht mehr „Welche Aufgaben lassen wir wegfallen?“, sondern „Welche Aufgaben wollen wir uns in Zukunft leisten?“

Hierfür ist ein Programm zur Sanierung des Haushaltes zu entwerfen. Ein Konsolidierungskonzept in der Form einer Absichtserklärung ist nicht ausreichend.

- 7. Die SPD beantragt, dass seitens des Bürgermeisters in seiner Funktion als verantwortlicher Leiter der Verwaltung ein konkretes Konzept mit Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung (langfristiger Schuldenabbau und Aufrechterhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt) vorlegt und dieses dann auch umgesetzt wird.**

Mögliche Punkte:

Verbot einer Neuverschuldung, Verzicht auf Aufgaben, Detaillierte Erläuterungen für vorgeschlagene Sparmöglichkeiten, Gebührensatzungen, Benutzungsgebühren, Privatisierungsmöglichkeiten, Kooperationsmodelle, Straffung von Verwaltungsabläufen (Personalabbau)

a